

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreise: ...
Zusatzblätter: ...
Verkaufspreise: ...

Belegpreise: ...
Zusatzblätter: ...
Verkaufspreise: ...

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postbezugs-Nr. 1000

Nr. 291

Freitag, den 15. Dezember 1922

17. Jahrgang

Der Harden-Prozess.

Berlin, 15. Dezember. Im Hardenprozess wurde gegen 1 Uhr nachts das Urteil gefällt. Es lautet gegen Greig wegen Beihilfe zur Körperverletzung auf 4 Jahre 9 Monate Gefängnis und gegen Weichardt wegen Beihilfe zur Körperverletzung unter Jubilation mildernden Umständen auf 2 Jahre 9 Monate Gefängnis. Beiden Angeklagten wurden 2 Monate Untersuchungshaft angedroht.

Sum vierter Male ist in der jungen deutschen Republik das Bild eines politischen Mordprozesses aufgeleuchtet worden, dessen letzte Gründe ihren Ursprung nehmen in der Verwilderung der politischen Sitten, in der Vergiftung unserer politischen Atmosphäre und in nationaler Verheerung. Wieder hat man mit immer höher steigendem Fiebel die Entwicklung eines politischen Mordes sich abrollen sehen, der, genau wie seine drei Vorgänger, kaum mehr von einem gemeinen Mordschand zu unterscheiden ist. Erzberger - Rathenau - Scheidemann - Harden - der frische Schild der jungen Republik bedeckt sich immer mehr mit Mienen und Malen. Freilich ist es kaum erlaubt, den Hardenprozess und auch Harden selbst in eine Linie mit seinen Vorgängern zu stellen. Nicht etwa, weil der Hardenprozess vor einem Schwurgericht und nicht vor dem Staatsgerichtshof stattfand; denn Harden gehört nicht zu jenen beamteten führenden politischen Persönlichkeiten, die das Schicksal umfließen, sondern vor allem deshalb, weil, während jene drei überzeugte Anhänger der Republik waren, die Stellung Hardens zur Republik nicht ohne weiteres klar ist. Es wirkt wie eine bittere Ironie, daß Harden um ein Haar den Vorwürfen um die Organisation zum Opfer gefallen wäre, während erst vor kurzem noch „Conful“ Ehrhardt eben Herrn Harden sein Vertrauen und seinen Dank dafür ausgesprochen, daß er für ihn eingetreten ist, während er gleichzeitig die bittersten Worte fand für alle die Kreise, die das Nationalgefühl für sich in Erbschaft genommen zu haben glauben und ihn schamlos im Stich lassen.

Von den bisherigen Mordprozessen war der Hardenprozess der am wenigsten komplizierte. Die Angeklagten waren gefädigt, der Zeugenapparat außerordentlich klein. Im übrigen aber bot er das alte, längst bekannte Bild. Es fehlte nichts von all den Requiriten der früheren Prozesse. Wieder tauchte „die nationale Lärmsäule“, wieder war einer der Gesellschafter abnungslos wie ein neugeborenes Kind und ein nur durch Befehl gewollter Helfer. Wieder war da einer, der sich oben einsetzte und absteuerte. Wieder war der abwesende Herr der schlichte Unterkammerling, die Seele vom Ganzen und der brutale Kerl, der Vertreter kaltblütig um die Gasse zu bringen droht. Wieder war ein Ehrenwort oder etwas Ähnliches verpfändet, und man wollte lieber ein Mörder werden, als ein solches Ehrenwort nicht einzuhalten. Und wieder schwebte über dem ganzen Drama unheilbar der große Unbekannte, der im Dunkel die Dämonen zog. Und schließlich waren es auch hier wieder junge zum Teil unweife Menschen, die sich das Recht anmaßten, aber Menschenleben Gericht abzuhalten und politische Meinungsverschiedenheiten mit Hilfe des Mordes aus der Welt zu schaffen.

So viel Ähnlichkeitspunkte aber der Hardenprozess mit den bisherigen politischen Mordprozessen aufweist, so sehr unterscheidet er sich von ihnen durch ein besonderes Moment. Die anderen Mordbuben hatten doch wenigstens oder versuchten es doch, glaubhaft zu machen, daß sie eigene politische Überzeugungen hatten und, wenn sie sich auch zum Werkzeug hergaben aus eigener Überzeugung handelten. Hier war von alledem kaum die Rede. Man erinnert sich an die italienischen „Braumenschen“ jener gedungenen Mordpöbeln, die zur Zeit der italienischen Renaissance ihr blutiges Handwerk trieben. Wurde man nur handeleins, so brachten sie bereitwillig jeden um die Gasse, wer immer es sein mochte. Auch der Mordversuch an Harden war für diese Burschen ein reines Geschäft. Wie der Oberstaatsanwalt in seiner Ankündigungsrede richtig betont hat, war Geld, Geld und wieder Geld ihr Feldgeschrei. Bis zum Uebermaß widerlich war es, wenn man hörte, wie die Täter gegeneinander sprachen, und dann die „Ware“ zu lipern versprachen, während der geheimerwählte Drahtzieher antwortete: „Erst die Ware, dann das Geld!“ Diesem geschäftsmäßigen Verfahren entspricht es denn auch nur, wenn der Mordversuch an Harden mit der Meldung: „Geschäft abgeschlossen“ weitergegeben wurde.

Auch dieser Prozess endet leider, wie die vorhergehenden, mit einem großen Fragezeichen. Es ist kein Zweifel, daß die Täter Hintermänner hatten, die sie mit der Ermordung Hardens, in dem der Volkstribun und der Jude beseitigt werden sollte, beauftragt hatten. Und man kann eben nicht wonig zweifeln, daß Greig, der Mitläufer des Reichstages, der Reichstagesmitglied war, der

Bundesnationaler Soldaten ist, diese Dunkelmänner sehr genau kennt. Wieder fiel das Wort „Männer“. Von Männern kam jener geheimnisvolle Brief, der die Götter U. M. G. 500 trug und es ist außerordentlich merkwürdig, daß diese Götter, die nichts Anderes als die Anfangsbuchstaben der drei Täter Unterkammerling, Weichardt, Greig bezeichnen kann, schon zu einer Zeit verwendet wurde, als der Männerkammerling Unterkammerling erst die „braven deutschen Männer“ suchte. Daß die Geheimnissäden, die nach Männern und also wohl wieder irgendwie zur Organisation G führen, nicht aufgeklärt wurden, ist bedauerlich. Der Oberstaatsanwalt hat ein besonderes Verfahren angekündigt, diese Fäden zu entwirren. Möge es von Erfolg gekrönt sein! Denn in der Deffenlichkeit versteht man es immer weniger, daß es nicht gelingen will, diese Dunkelmänner zu enthüllen.

Die Reparationsfrage.

Sonar Laws Antwort an Cuno.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Antwort Sonar Laws auf das Schreiben des Reichskanzlers hat folgenden Wortlaut:

Downing Street, 10. Dezember.

Fr. Eggeling: Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 9. d. M. zu bestätigen, das einen Plan für eine vorläufige Beilegung der mit der Reparationsfrage verbundenen Schwierigkeiten vorlegt. Das Schreiben wurde auf einer heute hier abgehaltenen Sitzung der verbündeten Premieriers in Betracht gezogen, und mit aufrichtigem Bedauern muß ich sagen, daß der vorgelegte Plan nach Ihrer Auffassung nicht eine Lösung darstellt, die bei der gegenwärtigen Lage als befriedigend für die verbündeten Regierungen angesehen werden könnte. Ich habe die Ehre pp.

(ges.) Sonar Laws.

Sonar Laws Pessimismus.

Im Unterhause erklärte Sonar Laws bei der Debatte über die Reparationsfrage, alle seine Informationen gingen dahin, daß Deutschland einem Zusammenbruch sehr nahe sei. Großbritannier können keine Aktion gleichgültig zusehen, die wahrheitsgemäß zur Folge haben würde, daß keine Reparationen geleistet würden und es schwierig wenn nicht unmöglich machen würde, sie zu erhalten. Er hoffe, daß die britische und französische Regierung die Zwischenzeit zu einem Meinungsaustausch benutzen würden, um einen gemeinsamen Weg zur Behandlung der Frage zu finden.

Belgische Urteile über die deutschen Vorschläge.

Die liberale Independance Belgique ist der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge das einzige praktische Ergebnis von London darstellen. Auch die katholische Stimme Belgique findet diese Vorschläge sehr wichtig. In einigen Zeitungen wird die Meinung ausgesprochen, die Politik Poincares sei eine Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa und insbesondere für Belgien.

In Berlin

steht man die Vertagung der Londoner Konferenz als nicht unbedingt unangenehm für Deutschland an, trotzdem in dem Brief Sonar Laws die deutschen Vorschläge als im Augenblick nicht geeignet für eine Lösung der Reparationschwierigkeiten bezeichnet werden. Diese deutschen Vorschläge wären, wie man in politischen Kreisen Berlins versichert, überhaupt nur ein erster Schritt. Sie sollten lediglich die Grundlage zu Verhandlungen schaffen, die, gemäß den wiederholten Erklärungen des Reichskanzlers, auf rein geschäftlicher Basis geführt werden sollten. Man nimmt an, daß auch die Rede des Reichskanzlers im Reichswirtschaftsrat hat andeuten wollen, daß die Regierung nunmehr sich mit führenden Kreisen der deutschen Industrie, der deutschen Landwirtschaft und der übrigen Wirtschaftskreise in ein enges Einvernehmen setzen wird, um die Möglichkeit erweiterter und substantieller gestützter deutscher Vorschläge zu erkunden; jedenfalls steht es außer Zweifel, daß die Regierung in allen ihren Kreisen die Arbeit an einem deutschen Reparationsplan unentwegt fortsetzt, und daß sie damit rechnet, zu der neuen Konferenz mit erweiterten Vorschlägen hervortreten zu können, aber die nicht mit einer einfachen Geistes zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Man beurteilt in diesem Zusammenhang in Berliner politischen Kreisen auch die Ausführungen, die der französische Wirtschaftsminister Poincaré bei der Pariser Presse gemacht hat, als ganz beachtenswert, da sie nach der in Berlin vertretenen Auffassung doch immerhin die Möglichkeit erkennen lassen, daß Poincaré von seinem Standpunkt, mit Belgien ein Mandat zu ergreifen,

Abstand nimmt, wenn ihm ein geeigneter deutscher Vorschlag unterbreitet wird, der von der Reichskommission angenommen wird.

Diplomatische Schritte Amerikas vor 2. Januar.

„Times“ meldet unter dem 14. d. M. aus Washington: Das Weiße Haus ließ gestern mitteilen, daß die amerikanische Regierung alles Mögliche tue, um eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustande zu bringen. Präsident Harding möchte darauf hinzuweisen, daß seine Regierung sich nicht untätig verhalte. Er habe weiter mitgeteilt, daß vor dem 2. Januar nächsten Jahres die nötigen diplomatischen Schritte getan sein würden, um die englische, französische und die anderen beteiligten Regierungen über die Haltung Amerikas zu verständigen.

Das Weiße Haus und das Staatsdepartement wollen indessen nichts weiter als diese allgemeine Erklärung abgeben. Sie halten die Lage für so heikel, daß die größte Zurückhaltung notwendig ist.

Die Reparationsfrage im englischen Oberhause.

Am Mittwoch nahmen im Oberhause Lord Birkenhead und Lord Grey in längerem Reden zur Frage der Reparationen und interalliierten Schulden unter Berücksichtigung der augenblicklichen interalliierten Verhandlungen Stellung.

Lord Birkenhead erklärte, er befände sich in allgemeiner Übereinstimmung mit der Erklärung Sonar Laws im Unterhause, in der er darlegte, daß es nicht recht sein würde, daß die Regelung in einer solchen Weise erfolge, daß England allein von allen alliierten Ländern tatsächlich eine Entschädigung zahlen würde. Die grundlegende Tatsache der augenblicklichen Reparationslage sei unbestreitbar und unbestritten, daß Deutschland im gegenwärtigen Augenblick nicht den Betrag zahlen kann, der nach den Bestimmungen des Reparationsabkommens fällig ist. Birkenhead erklärte ferner, wenn Deutschland aus der homogenen geographischen und politischen Einheit, die in Europa vor dem Kriege bestand, herausgeschnitten würde, so könnte England (!) keinerlei Hoffnung auf Wiederherstellung seiner nationalen Wohlfahrt innerhalb der Lebensdauer der jetzt lebenden Generation behalten.

Nach Birkenhead ergriff Lord Grey das Wort. Er drang darauf, daß die Reparationsfrage nicht von der Frage der interalliierten Schulden getrennt, sondern mit ihr als ein Ganzes betrachtet werde. Er legte, daß im Interesse des politischen Friedens und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas Großbritannien die Schulden seiner Bundesgenossen annullieren sollte. Frankreich müßte in erster Linie Sicherheiten haben. Aber auf die Dauer erhöhte keine Nation ihre Sicherheit durch die Besetzung weiterer Gebietsstrecken mit einer fremden Bevölkerung.

Im Namen der Regierung sprach Lord Salisbury die Hoffnung aus, daß die französischen Staatsmänner sich Greys Ratsschläge zu Herzen nehmen möchten und daß auf der Pariser Konferenz Vorschläge gemacht würden, die die Zustimmung Frankreichs fanden.

Französische Stimmen.

In Pariser amtlichen Kreisen betont man, daß Frankreich nur an Maßnahmen wirtschaftlichen Charakters im Ruhrgebiet denke und daß diese Maßnahmen ohne Teilnahme des Militärs durchgeführt werden sollen. Gemüthlich aber werde die Reparationskommission vor dem Januar kein Memorandum für Deutschland bewilligen. Poincaré selber hat den französischen Pressevertretern gestern abend erklärt, er werde Deutschland eventuell selbst davon in Kenntnis setzen, daß Frankreich ein Memorandum ohne Pänder nicht anerkennen würde. Man erwartet hier mit großer Spannung, ob Deutschland sich entschließen wird, weitergehende Vorschläge zu unterbreiten.

Der französische Senat will Verständigung unter den Alliierten.

Nach Mitteilungen, die am Mittwoch in den Wandelgängen des französischen Senats verbreitet wurden, herrscht in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten Einstimmigkeit darüber, daß zunächst eine Verständigung mit den Alliierten gesucht werden müsse. Für den Fall, daß eine Verständigung sich als unmöglich erweist, soll an einer weiteren Besetzung des Ruhrgebietes beginnender Ausdehnung des besetzten Gebietes geschritten werden. Ebenso wünscht Clemenceau,

daß solchen Frankreich und England eine Einigung stattfinden möchte über die Summe, die Deutschland zahlen könne. Im übrigen aber sagt er, es wäre für Frankreich das größte Unglück, noch weitere deutsche Gebiete zu besetzen. Vielleicht habe es einmal einen Augenblick gegeben, in dem eine Politik der Weisheit ein mögliches Ergebnis erzielt hätte, aber diese Politik habe nach und nach ihre Wirksamkeit verloren, als man begann, Deutschland Konzessionen zu machen.

Allgemeine Schuldentragung.

Die „Action Française“ schreibt, daß die Reparationspolitik aller Vorkonferenzen nach zu einer allgemeinen Schuldentragung